Nach Redaktionsschluß: Soeben, Nachts 10 Uhr 40 Minuten, trifft die überaus traurige Nachricht von dem Ableben Ihrer Kgl. Hoheit Frau Prinzessin Georg ein.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Fernsprech-Stellen
Nr. 11 (Altst.) u. 582 (Neust.)

Inserate werden Marienstr. 13 bis Nachm. 3 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt: Große Klostergasse 5 nur an Wochentagen bis Nachm. 3 Uhr. — Die einspaltige Petitzeile (ca. 8 Silben) kostet 15 Pfg. Unter Eingesandt die Zeile 30 Pfg. Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Insertions-Aufträge werden nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postvorschuß angenommen. — Acht Silben kosten 15 Pfg. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfg.

Erste und grösste
Masken- u. Theatergarderobe,
Dominos in vorzüglicher Auswahl für Herren u. Damen
E. Preusser's Nachf., **Max Jacobi,**
2 Galeriestrasse 2, part. und I. Etage.
Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt.

5 Marienstr. 5 und Porticus. **G. D. Blass,** 5 Marienstr. 5 und Porticus.
Wäsche-Ausstattungs-Geschäft,
Complette Braut- u. Kinder-Ausstattungen.
Nur eigenes Fabrikat. Billigste Preise.

Das Maskengarderobe-Magazin I. Ranges
von
Frau Mathilde Klemich, Seestraße 2, 2. Et.,
empfiehlt ihr grosses Lager historischer u. Phantasie-Costüme für Herren und Damen.
Bestellung nach Maass. Ausführung nach auswärts prompt.
Musterbücher jeden Genres. Preiscourante gratis.

Prof. Dr. Jäger's Normal-Artikel allein echt im concessionirten Geschäft bei **Jean Schieme Nachf.,** Neust. Rathhaus.

Nr. 37. 29. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl. | Aussichten für den 6. Februar: Mäßiger Südwestwind, geringe Bewölk., neblig, keine oder geringe Niederschl., Temp. wenig verändert. | Dresden, 1884. **Mittwoch, 6. Februar.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

In dem ehemaligen Schustergesellen und desertirten Korporal Stellmacher ist der Sicherheitsbehörde einer der gefährlichsten Anarchisten in die Hände gefallen. Wäre der ruchlose Mörder gehenkt worden, ohne daß man von ihm Namen, Herkunft und Vorleben erfahren hätte, so war es vorbei mit der Möglichkeit, dem lichtscheuen Treiben jener Verbrecher auf die Spur zu kommen, die vorgeben, mit Raub, Mord und Brand eine allgemeine Glückseligkeit auf Erden herbeizuführen. So ist aber doch wenigstens einiger Anhalt gegeben, die Beziehungen des Mörders zu etwaigen Spießgesellen zu verfolgen, in das geheimnißvolle Gewebe einzudringen, die Verschwörung selbst bloszulegen und durch Zerstörung der revolutionären Organisation die Wiederholung verruchter Schandthaten zu verhindern. Denn daß Stellmacher nicht als ein Fanatiker auf eigne Faust den unglücklichen Blöch niederschoß, daß er vielmehr im Auftrage eines Comités handelte, dessen rühmte sich der Mörder mit frecher Stirne selbst. Mit anerkennenswerthem Geschick und Eifer hat die Dresdner Polizeibehörde das Ihrige gethan, dem sich hinter seine Anonymität verhüllenden Mordbuben die Maske vom Gesicht zu reißen. Es ist dies ein Verdienst, das die üble Erfahrung wohl aufwiegt, welche die Behörde mit dem Lump von Spion, Schmidt, hat machen müssen. In der Verfolgung der Spuren von Verbrechern sind Fehlgriffe niemals ganz auszuschließen.

Wenn sich die von den Anarchisten und Revolutionären zunächst bedrohten Staaten rüsten, um die geschworenen Feinde des Staates und der Gesellschaft am Schopfe zu fassen, niederzuschlagen und unschädlich zu machen, so sind Lamentos über Beschränkung der bürgerlichen Freiheit und staatsbürgerlicher Rechte wahrlich übel angebracht. Es kann ja sein, daß in Oesterreich die Bedingungen besonders günstig liegen, um den hirnverbrannten Lehren Most's und Genossen bei den Arbeitern Eingang zu verschaffen und aus ihren Reihen Begünstiger der Schandthaten Stellmacher's zu erwecken. Die österreichischen Arbeiter stehen nicht etwa in ihrer technischen Ausbildung und gewerblichen Fertigkeit, wohl aber in ihrer allgemeinen geistigen und in ihrer politischen Bildung weit hinter den deutschen Arbeitern zurück. Das macht sie an und für sich empfänglicher für tolle Weltbeglückungspläne und mindert ihren Abscheu gegen Verbrechen. Richtig ist auch, daß die oft engherzige Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts und des Preßgesetzes durch die österreichische Polizei den Bildungstrieb der österreichischen Arbeiter empfindlich unterdrückt und sie selbst verbittert hat, zumal sie für ihre gerechten Beschwerden über Verkümmerung ihrer Rechte nur selten im Parlamente unerschrocken Vertheidiger fanden. Endlich befindet sich die Sozialreform in Oesterreich erst in den Kinderschuhen. Vor Kurzem erst hat man dort staatliche Fabrik-Inspectoren eingeführt. So hat Verschiedenes zusammengewirkt, daß sich die Arbeiter von den wildesten, excentrischesten Lehren angezogen fühlten. Das Alles weist zwar einerseits auf die Richtung hin, nach welcher künftig die Gesetzgebung sich zu bewegen hat, um solche Vorbedingungen für verbrecherische Neigungen zu beseitigen; es legt aber umsomehr den Staatsbehörden die augenblickliche Pflicht auf, ohne Scheu zuzugreifen, um sich der Revolutionäre zu bemächtigen und größeres Unheil zu verhüten. Zimperlich kanns dabei nicht zugehen. Klagen über mögliche Mißgriffe lähmen nur den Erfolg beim Zugreifen.

Die Verfolgungen und Unterdrückungen, denen sich das Deutschthum in Oesterreich ausgesetzt sieht, vermehren ebenfalls die Vorbedingungen für den aufsässigen Geist der dasigen Arbeiter. Der deutsche Stamm ist ja nicht blos die kräftigste Stütze für den österreichischen Staatsgedanken, sondern in weit höherem Grade als das Slaventhum der Träger der Kultur und Bildung. Jede Maßregelung des Deutschen bedeutet ein Herabdrücken des geistigen Niveaus in Oesterreich überhaupt. Die unselige Sprachenverordnung, die von jedem in Böhmen, Mähren und Schlesien angestellten Beamten die Kenntniß des Czechischen fordert, beraubt die Deutschen des Zutritts zu den Aemtern. Der öffentliche Dienst vom Nachtwächter und Gerichtsdiener bis zum Präsidium des Landesgerichts ist in diesen 3 Kronländern den Deutschen versperrt. Durch die Sprachenverordnung sind wir in der eigenen „Heimath" heimathlos geworden, rechtlos trotz der Staatsgrundsätze, rief der Abg. Hallwich aus. Deutsche werden dort künftig weder Richter, noch Gerichtsbeisitzer, noch Gerichtsdiener, noch auch Geschworene sein dürfen; es bleibt ihnen nur die Rolle des Delinquenten übrig. Trotzdem 99% der deutschen Bevölkerung Böhmens nicht czechisch sprechen kann, weil diese Sprache der deutschen Zunge ungewöhnliche Schwierigkeiten bereitet, in reindeutsche Gegenden Böhmens hat man richterliche und Verwaltungsbeamte verpflanzt, die das Deutsche radebrechen und der Deutsche muß sich Recht sprechen lassen in einer Sprache, die ein Kauderwälsch aber kein Deutsch ist. Was hat es für einen Sinn, im Elbethale, im Erzgebirge, in dem ganzen Landstrich von Schluckenau bis Leipa, im Egerlande, im Reichenberger Kreis, wo sich unter Zehntausenden reindeutscher Bewohner kaum eine czechische Familie befindet, den Beamten zuzumuthen, czechisch zu sprechen? Mit welcher Brutalität, mit wieviel Cynismus und Lust am Rohen gehen die Czechen in ihrem Haß gegen die Deutschen vor! Als vor Kurzem in dem von dem blutigsten Deutschenhaß getränktem Schauspiel „Ziska's Tod" die Worte: „Tod den Deutschen!" zu sprechen waren, durchbrauste wahnsinniger Beifall das Prager Theater. Die katholische Geistlichkeit wird gewaltsam ihrem Deutschthum entfremdet. Als bei einem Feste ein Priester seine deutsche Gesinnung zum Ausdruck brachte, forderte ihn nachher der slavische Bischof „zur Rettung seiner befleckten priesterlichen Ehre" auf. Pilsen, die einst rein deutsche Stadt, ist fast völlig czechisirt. Obwohl die Deutschen dort mehr Steuern zahlen als die Czechen, sitzt doch kein Deutscher im Stadtrathe. Wenn ein Deutscher aufs Bürgermeisteramt kommt, erhält er prinzipiell zunächst eine czechische Antwort. In Pilsen giebt es nur noch 2 deutsche Volksschulen, der Direktor der einen ist der deutschen Schriftsprache nicht mächtig, an der anderen sind 10 czechische und 5 deutsche Lehrer. In vielen Aemtern Böhmens erhalten notorisch deutsche Parteien nur czechische Zustellungen. Dieses Sündenregister ließe sich leicht verzehnfachen. Die Proben genügen. Wenn solche Ungesetzlichkeiten und Verfolgungen loyaler Staatsbürger ruhig zugelassen werden, wie kann man sich da wundern, wenn der gesetzmäßige Sinn des österreichischen Volkes überhaupt im Schwinden begriffen ist?

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 5. Febr.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus setzte die Berathung des Cultusetats bei den höheren Lehranstalten fort. Prof. Dr. Virchow wies dabei auf die bedenkliche Thatsache hin, daß die Abiturienten der höheren Lehranstalten in einem höheren Lebensalter stehen, die Reife also später erwerben als früher. Er befürwortete gleichzeitig eine Verringerung des Unterrichtsstoffes durch das Aufgeben der doppelten Schrift; die Gelehrten hätten längst die deutsche Schrift fallen lassen. Ferner wies Virchow auf die Wichtigkeit der Stenographie hin, die er als Lehrgegenstand für unumgänglich nothwendig hält.

Berlin. Die „Norddeutsche" (Organ des Reichskanzlers) bespricht die Sprachendebatte im österreichischen Unterhause und erklärt die Behauptung des Minoritäts-Berichterstatters Sturm, Bismarck habe die Deutschen in Oesterreich getadelt, aber nicht etwa wegen ihrer Haltung gegen die Slaven, sondern wegen der von ihnen eingenommenen Stellung der früheren liberalen Regierung gegenüber als nicht ganz genau. Bismarck habe den Deutsch-Oesterreichern in erster Linie die Nichtachtung der Dynastie, des Kaisers, seiner Rechte und seiner Macht zum Vorwurf gemacht. Gerade die Deutschen in Oesterreich seien vorzugsweise berufen, das monarchische Prinzip zu pflegen in Treue gegen den Monarchen als ihren angestammten Kaiser; ihnen liege es ob, den anderen österreichischen Nationalitäten ein Beispiel zu geben und der Dynastie die Regierung, zu welcher dieselbe gerade das deutsche Element als Bindemittel zwischen allen übrigen bedarf, zu erleichtern. — Bankiren, der Bevollmächtigte der an der türkischen öffentlichen Schuld zumeist interessirten Pariser Banken, sowie der holländischen und englischen Gläubiger der Türkei, ist gestern hier eingetroffen. Der Schwerpunkt seiner Mission liegt in Petersburg. Namentlich soll Bulgariens Renitenz in der Tributfrage durch Intervention Rußlands beseitigt werden. Deutscherseits fand Bankiren wohlwollende Aufnahme seiner Anliegen und die Versicherung moralischer Unterstützung.

München. Die Abgeordnetenkammer berieth den Antrag wegen möglichster Einführung des konfessionellen Geschichts-Unterrichts an den humanistischen Gymnasien. Die Linke bekämpfte den Antrag, der Kultusminister erklärte denselben für prinzipiell bedenklich. Die Abstimmung wurde auf morgen vertagt.

Würzburg. Ein Kommandanturbefehl untersagt den Mannschaften der hiesigen Garnison den Besuch einer Restauration, worin der sozialdemokratische Abgeordnete Grillenberger mehrfach Vorträge gehalten, wegen der Gefahr sozialistischer Ansteckung.

München. In dem Bankgeschäfte Wilhelm Brand wurde ein Versuch gemacht, die Auslagefenster auszurauben. Hierbei wurden auf den Lehrling 2 Schüsse abgefeuert. Der Attentäter ist verhaftet.

Colmar. Laut „Frkf. Ztg." hat das 1848 mit einem Kapital von 600,000 Frcs. gegründete Comptoir d'Escompte in Colmar seine Zahlungen eingestellt. Die Passiven betragen 4 bis 5 Millionen, die Aktiven sind verschwindend klein. Man spricht von 2 Millionen unterschlagener Depots. Banken dürften wenig betheiligt sein, da dieselben sich längst zurückgezogen haben.

Wien. Im Abgeordnetenhause begründete der Ministerpräsident Graf Taaffe die Ausnahmeverfügungen, indem er auf das Treiben der Anarchisten, die Ermordung von 2 Polizeibeamten und die Verbreitung aufrührerischer Schriften hinwies. Es handle sich nicht um einzelne Fälle, der Boden sei weithin unterwühlt. Der oberste Gerichtshof habe angesichts der Verhältnisse nicht das geringste Bedenken getragen, der zeitweisen Einstellung der Geschworenengerichte rückhaltlos zuzustimmen. Die Regierung mußte zu außerordentlichen Mitteln greifen, welche sie mit dem größten Ernste anwenden, dabei aber nicht über den Zweck derselben hinausgehen wird.

Wien. Minister-Präsident Taaffe begründet die Vorlage der Ausnahme-Verordnungen, indem er auf die Ermordung der zwei Polizei-Funktionäre und die massenhafte Verbreitung revolutionärer Flugblätter, worin der gewaltsame Umsturz gepredigt wird, hinwies. Die Aufgabe der Sicherheitsbehörden sei schwierig, weil der Boden unterwühlt sei, und es sich nicht nur um einzelne Fälle handele. Die Regierung werde die Maßregeln mit größtem Ernste handhaben, aber nicht über den Zweck hinausgehen. Die Abgeordneten nahmen mit allen gegen drei Stimmen den Antrag an, die Einsetzung eines 24gliedrigen Ausschusses zur Berathung der Ausnahme-Verfügungen betreffend, lehnten dagegen die von der Linken beantragte 8tägige Berichterstattungsfrist ab.

Die **Berliner Börse** hielt sich reservirt, von fremden Plätzen lagen von vorgestern Abend matte Notirungen vor, heute war Wien erholt. Speculative Banken matter, Kassabanken still, österreichische Bahnen fest, nur Elbethal gingen zurück, österreichische Prioritäten gut gefragt, von deutschen Bahnen waren Ostpreußen belebt, da trotz der starken Mindereinnahme dieselben wenig nachgaben, Berlin-Hamburger höher, spekulative Bergwerke fest, Kassawerthe vernachlässigt, Industrien erfuhren wesentliche Besserungen, deutsche Fonds gut beachtet und höher, fremde Renten nicht ganz fest.

Frankfurt a. M., 5. Februar. Credit 266⅝. Staatsbahn 269¾. Lombarden 121¼. 60er Loose —. Oesterr. Silberrente —. Papierrente —. Galizier 251¼. Oesterr. Goldrente —. 6% Ung. Goldrente —. 77er Russen —. 80er Russen —. 2. Orientanleihe —. Neueste Ungar. Goldanleihe — —. 3. Orientanleihe —. Ungar. Papierrente —. Disconto —. Egypter 67,81. Gotthardbahn 99. Mainzer —. Fest.

Wien, 5. Februar. Credit 306,50. Staatsb. 317,40. Lombarden 143,70. Elbethal —. Nordwestb. 184,20. Marknoten 59,25. Ung. Credit 305,25. Geschäftslos.

Paris, 5. Februar. (Schluß.) Rente 77,35. Anleihe 106,65. Italiener 92,20. Staatsbahn —,—. Lombarden 315. do. Prioritäten 291. Egypter 338. Oesterr. Goldrente 84⅝. Fest.

Lokales und Sächsisches.

— Nur schwach glimmt noch die Hoffnung, das Leben der Frau Prinzessin Georg zu erhalten. Seit vorgestern Abend ist eine bedenkliche Verschlimmerung eingetreten. Indessen, so lange noch ein menschlicher Athem ein- und ausgeht, soll man nicht verzweifeln. Die ganze Bevölkerung nimmt den innigsten Antheil an dem Unglück, das die Königliche Familie betroffen hat und die vor unserer Redaction angeschlagenen gedruckten Bulletins waren den ganzen Tag von Schaaren Theilnehmender umlagert. Als in den ersten gestrigen Morgenstunden die Krankheit eine bedrohliche Wendung zu nehmen schien, fuhren beide Königl. Majestäten nach dem Prinzlichen Palais auf der Langestraße und weilten daselbst bis nach 6 Uhr. Ein zweites Mal verfügten sich die Majestäten Mittags nach 12 Uhr nach dem Prinzenpalais, um dort mehrere Stunden dem Verlaufe der Krankheit nahe zu sein. Seit 2 Uhr Nachts hatte der weitere Verfall der Kräfte der hohen Patientin aufgehört. Der sehr frequente, aber kaum mehr fühlbare Puls besserte sich unter Anwendung stärkerer Reizmittel etwas. Die Kranke nahm in geringen Mengen Nahrung (etwas Fleischextrakt und starken Rothwein) zu sich und behielt dieselbe bei sich. Das letzte, von 5 Uhr Nachmittags datirte Bulletin besagt: „Gegen Mittag und in den Nachmittagsstunden sind bei K. K. H. Prinzessin Georg mehrere Anfälle großer Schwäche eingetreten, von denen sich die hohe Kranke zwar jedesmal wieder erholte, ohne aber den früheren Kräftezustand zu erreichen. Die übrigen Krankheitserscheinungen dauern in gleicher Schwere fort. Prof. Wagner, Dr. Fiedler, Dr. Jacobi." — Der schwergeprüfte Gemahl der hohen Patientin, Prinz Georg, K. H., suchte in der Hauskapelle des prinzlichen Palais im Gebet Hoffnung und Trost; das Königspaar und die prinzlichen Kinder nahmen, sichtlich tief ergriffen, in der katholischen Hofkirche am Gottesdienste Theil.

— In der gestrigen Sitzung der **zweiten Kammer** beantragte bei der Berathung über das Dekret für den Bau einer **Akademie der bildenden Künste** in Dresden Vicepräsident Dr. Pfeiffer, dasselbe an eine besondere Deputation von 5 Mitgliedern zu verweisen, welche die Pläne in Bezugnahme auf die übrigen projektirten Kunstbauten prüfen sollten. Abg. Uhlmann will die Bewilligung der Gelder nur an die Vorlegung bestimmter Pläne geknüpft wissen, denn eine endgiltige Lösung der Bebauungsfrage sei bis jetzt noch nicht gefunden, für diese aber solle man eine öffentliche Konkurrenz ausschreiben. Die Abgg. Uhlemann und Ackermann sind gegen jede Verzögerung, wie sie der Antrag Pfeiffer und der Vorschlag des Abg. Uhlmann bedingen würden und erklären sich für Ueberweisung des Dekretes an die Finanzdeputation. Die Abgg. Walter, Grahl und Bönisch dagegen befürworten den Antrag Pfeiffer. Staatsminister v. Nostitz-Wallwitz glaubt, daß durch den Antrag Pfeiffer eine bestimmte Vorlage für diesen Landtag unmöglich gemacht werden würde. Das Projekt des Bauraths Lipsius, wie es jetzt vorliege, habe die Zustimmung Aller. Die Kammer stehe vor der Wahl, die Sache noch auf 2 Jahre hinauszuschieben oder dem Ministerium das Vertrauen zu schenken, daß er auch in dieser Sache das Interesse des Landes zu wahren bestrebt sei. Das Ministerium lehne die Verantwortung für jede Verzögerung ab. Abg. v. Oehlschlägel befürwortet die Ueberweisung des Dekretes an die Finanzdeputation, da er sonst ebenfalls eine Verzögerung der Sache fürchtet, zumal da sich der hiesige Architektenverein, der sich lebhaft für das Project interessire, bis jetzt nur in der Negation bewegt habe, noch nicht aber mit einem positiven Vorschlag hervorgetreten sei. Abg. Grahl entgegnet ihm, daß der Grund hierfür lediglich darin liege, daß der Verein geglaubt habe, es sei noch nicht an der Zeit für derartige Vorschläge. Der Antrag Pfeiffer wird hierauf mit 38 gegen 33 Stimmen abgelehnt und das Dekret der Finanzdeputation überwiesen. An dieselbe Deputation wird ein weiteres Dekret verwiesen, welches die Kammer um Bewilligung einer Unterstützung von Fohlenaufzuchtvereinen ersucht, nachdem sich der Abgeordnete Philipp gegen und der Abgeordnete v. Oehlschlägel für die Zweckmäßigkeit der Unterstützung ausgesprochen hatten. Hierauf kam die Kammer zu dem Budget des **Kultusministeriums**, Ref. Uhlemann. Abg. Liebknecht rügt, daß die Hochschulen jetzt die Schulen der Rohheit und der Völlerei geworden seien. Ein großer Theil der studirenden Jugend ginge in physischer und intellektueller Beziehung zu Grunde und zwar in Folge des übermäßigen Genusses geistiger Getränke. Das Ueberhandnehmen des Duellwesens an den deutschen Universitäten finde hauptsächlich seinen Grund in der Begünstigung, die diesem von konservativer Seite zu Theil werde. Das Duell sei nicht nur ein mittelalterlicher Aberglaube und eine Dummheit, sondern vielmehr eine Rohheit. Es scheine System in der Begünstigung des jetzigen studentischen Wesens von Seiten des Staates zu liegen, denn wer sich in der Jugend tüchtig die Hörner abgelaufen habe, werde in der Regel ein guter Staatsbürger. In Leipzig habe ferner der Geist der religiösen und politischen Intoleranz um sich gegriffen, der sich meist in antisemitischen Bestrebungen äußere. Abg. Schreck bedauert, daß die Zustände der evangelischen Kirche in neuerer Zeit auch in der Kammer besprochen worden seien. Er wolle sich heute gegen die Hierarchie und das Zelotenthum in der Kirche wenden. Niemals hätte dieses ihr Haupt so erhoben, als gerade bei der Lutherfeier. Wenn man jetzt auch der Macht der katholischen Centrumspartei nicht entgegentreten könne, so solle man wenigstens dafür sorgen, daß die protestantischen Jesuiten nicht weiter wuchern, deren es in Sachsen mehr gäbe, als in katholischen Ländern katholische. Redner wendet sich zunächst zu den preußischen Verhältnissen. Hier stünden gerade in letzter Zeit die sogenannten Ketzergerichte in Blüthe, durch welche eine Menge freisinniger Geistlicher aus ihrem innegehabten Amte entlassen worden seien. Ferner habe man es dort soweit getrieben, daß man die Mitglieder des freisinnigen Protestantenvereins von der Lutherfeier in Wittenberg habe ausschließen wollen. Erst als der Kronprinz seinen Unwillen hierüber geäußert, habe man Einladung an dieselben ergehen lassen. In Sachsen speciell herrsche eine eigenthümliche Strömung in ritueller Beziehung, ein gewisses alterthümliches Streben, welches sich in einer Menge griechischer und hebräischer Worte in der Kirchensprache dokumentire. Diese erschienen ihm als Recepte aus der hierarchisch-römischen Apotheke. Geheimnißthuerei gehöre nicht in den Ritus. Ferner vertrete das neue Landesgesangbuch einen einseitig-dogmatischen Standpunkt, einzelne Lieder seien geradezu unverdaulich, so komme z. B. in dem einen die Hölle nicht weniger als 5 Mal und der Teufel 4 Mal vor. Redner wendet sich sodann gegen das Consistorium, welches von seiner Disciplinargewalt gegen gewisse Geistliche keinen Gebrauch mache. Die gesammte geistliche Presse, „Die evangelische Kirchen-Zeitung", „Der Pilger aus Sachsen" und die „Sächsische Kirchen- und Schulzeitung" wirkten ganz im Sinne der orthodoxen Richtung. Sämmtliche Geistliche dieser Richtung genößen eine gewisse Protektion. So habe man zum Beispiel einen dem Trunke ergebenen Geistlichen, der sich noch dazu an Kirchengeldern vergriffen hatte, anfangs zwar vom Amte suspendirt, dann aber wieder eingesetzt. (Hört! hört!) Ein anderer Geistlicher, der ebenfalls in Aergerniß erregender Weise dem Trunke fröhne (hört!), fungire heute noch unbeanstandet weiter, nur weil er orthodoxen Anschauungen huldige. Redner verliest hierauf einen Artikel aus dem „Pilger aus Sachsen", in welchem behauptet wird, daß der freisinnige Pastor Sulze seine Gemeinde um den Christenglauben betrüge, weil er die Gottheit Christi leugne. Obgleich diese Behauptung auf den unsichersten Füßen stand, habe das Konsistorium trotzdem den Pastor Sulze zur Rechenschaft ziehen wollen, wenn nicht eine mit 500 Unterschriften versehene Erklärung dokumentirt hätte, wie treu die Gemeinde zu diesem Geistlichen hielt.